

Neues Positionspapier

des Bezirks München „Medizinstandort München – Spitzenstellung sichern, Zukunftspotentiale ausschöpfen“.

Die ausführliche Fassung finden Sie auf: www.wbu.de

oder fordern Sie diese in der Geschäftsstelle an unter Telefon: 089-42286-0



„Mobilität sichern – Verkehrspolitik für Bayern“

Mobilität bringt Wohlstand

Mobilität sichert Wachstum und Wohlstand. Sie ist ein Grundbedürfnis der Wirtschaft und der Menschen in unserer Gesellschaft. Eine unserer großen politischen Herausforderungen ist es deshalb, Mobilität zu ermöglichen und gleichzeitig für eine nachhaltige Verkehrsabwicklung zu sorgen.

Grundvoraussetzung hierfür ist eine leistungsfähige und gut ausgebauten Verkehrsinfrastruktur. Verkehrswege sind die Lebensadern jeder Volkswirtschaft. Dies gilt insbesondere für Bayern mit seiner im internationalen Wettbewerb stehenden Wirtschaft. Deshalb müssen wir die Verkehrsinfrastruktur auf einem qualitativ hohen Niveau halten und bedarfsgerecht weiter entwickeln.

Angesichts des zunehmenden Alters von Straßen, Schienen und Brücken gewinnt die systematische Erhaltung des Verkehrsnetzes zunehmend an Bedeutung. Eine Schlüsselrolle haben dabei die Brückenbau-

werke im Zuge von Bundesfern- und Staatsstraßen, bei denen in den kommenden Jahren erhebliche Erhaltungsinvestitionen erforderlich werden.



*Joachim Herrmann, MdB
Bayerischer Staatsminister
des Innern, für Bau und Verkehr*

zitätsgrenze unserer Verkehrsinfrastruktur vielerorts bereits überschritten. Um Engpässe zu beseitigen und eine angemessene Verkehrserschließung zu bieten, ist ein weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur erforderlich.

Der prognostizierte Verkehrszuwachs spielt sich in erster Linie auf den Autobahnen ab. Deren

VERKEHRSMITTELSTRUKTUR WEITER AUSBAUEN

Die von Bundesverkehrsminister Dobrindt 2014 vorgelegte bundesweite Verkehrsprognose 2030 sagt weitere starke Verkehrszuwächse voraus. Dabei ist die Kapazitätsgrenze unserer Verkehrsinfrastruktur vielerorts bereits überschritten. Um Engpässe zu

„Verkehrswege sind Lebensadern der Volkswirtschaft“

Ausbau hat somit höchste Priorität.

Von besonderer Bedeutung ist beispielsweise der 6-streifige Ausbau der überlasteten A 3 in Franken. Von den 94 Kilometern zwischen Aschaffenburg und Biebelried wurden bereits 53 Kilometer ausgebaut. Weitere 21 Kilometer sind in Bau. Bis 2019 soll der gesamte Abschnitt fertig sein.

Gute Erfahrungen haben wir mit ÖPP-Projekten gemacht. Mit dem 6-streifigen Ausbau der A 8 zwischen München und Ulm wurden zwei ÖPP-Projekte erfolgreich umgesetzt. Ein weiteres haben wir heuer mit dem Neubau der A 94 zwischen Passetten und Heldenstein begonnen. Auch der 6-streifige Ausbau der A 3 zwischen Biebelried und

Erlangen soll größtenteils in einem ÖPP-Projekt erfolgen.

Bei der Schiene ist das Bahnknoten-Konzept München der Bayerischen Staatsregierung von herausragender Bedeutung. Sein zentrales Element, die zweite

Stammstrecke, soll die Münchner S-Bahn, die täglich von bis zu 800.000 Pendlern genutzt wird, fit für die Zukunft machen. Wir streben einen zügigen Bauweg an.

Das Bahnknoten-Konzept verbessert aber auch die Schienenanbindung des Flughafens München. Durch den Bau der „Neufahrner Kurve“, den Ringschluss Erding – Flughafen München, die „Walpertskirchner Spange“ sowie den Streckenausbau zwischen Daglfing und Johanneskirchen wird der Flughafen per Schiene aus nahezu allen Landesteilen besser erreichbar sein.

Mit großem Nachdruck setzen wir uns für den weiteren Ausbau der Schieneninfrastruktur in Bayern ein. Zu den wichtigsten Schienenprojekten zählen der Ausbau und die Elektrifizierung der Strecke München – Mühldorf – Freilassing, die Eröffnung und Elektrifizierung der Ausbaustrecke München – Memmingen – Lindau und der Ausbau der Strecken Nürnberg – Ebersfeld – Erfurt (Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 8.1), Nürnberg – Marktredwitz sowie Hof – Marktredwitz – Regensburg. >> Seite 2



FIT FÜR DIE DIGITALISIERUNG!

CornCode Events
2. Quartal:

21. April: Cyber-Threat Intelligence
Cyber-Bedrohungen erkennen
und richtig handeln

12. Mai: Crafted Security
Pragmatische Sicherheit für
mittelständische Unternehmen

Sonderkonditionen auf Security-Dienstleistungen
für Mitglieder des Wirtschaftsbeirates Bayern

CornCode GmbH | Industriestr. 31, 82194 Grobenzell b. München
info@comcode.de | www.comcode.de
T. +49 8142 / 440 2180 | F. +49 8142 / 440 2181



Im Bereich der Wasserstraßen bleibt der Donauausbau zwischen Straubing und Vilshofen Bayerns prioritäres Projekt, bei dem eine sanfte Ausbauvariante verfolgt wird.

Als internationaler Wirtschaftsstandort braucht Bayern aber auch eine moderne und leistungsfähige Luftverkehrsinfrastruktur. Der Flughafen München verbindet Bayern mit der Welt. Er ist Motor für Wohlstand und Arbeitsplätze. Um als Drehkreuz im internationalen Wettbewerb auch künftig bestehen zu können, ist in den nächsten Jahren eine Kapazitätserweiterung durch eine 3. Start- und Landebahn von großer Bedeutung.

BESSERE NUTZUNG DER VERKEHRSMITTEL DURCH VERNETZUNG

Die Infrastrukturentwicklung kann aber nur bedingt mit dem Mobilitätsbedarf

Schritt halten. Ein wichtiges Ziel bayerischer Verkehrspolitik ist daher, die Infrastruktur intelligenter, effizienter und sicherer zu gestalten. Das Verkehrswachstum kann nur bewältigt werden, wenn alle Verkehrsträger optimal zusammenwirken und entsprechend ihrer speziellen Stärken genutzt werden. Hierzu braucht es eine infrastrukturelle, organisatorische und informatorische Vernetzung. Dies steigert die Effizienz der vorhandenen Verkehrssysteme und sorgt gleichzeitig für eine umwelt-, klima- und res-

sourcenschonende Verkehrsabwicklung. Hierzu gehört auch, einen möglichst großen Teil des Verkehrswachstums auf Schiene und Wasserstraße zu verlagern und diese bestens zu nutzen.

Im Güterverkehr wollen wir durch ein landesweites Netz an Güterverkehrszentren und Umschlaganlagen für den kombinierten Verkehr einen möglichst reibungslosen Übergang zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße schaffen und Bahn und Binnenschifffahrt stärker in die Transportkette einbeziehen. Hierfür stehen aktuell jährlich ca. 3 Millionen Euro Landesmittel für Planungen und Gutachten sowie für Investitionsmaßnahmen zur Verfügung.

Beim öffentlichen Personennahverkehr kommt es darauf an, dass Bus- und Bahnverkehr, in-

dividueller Autoverkehr sowie Fuß- und Radverkehr gut ineinandergreifen.

„Infrastruktur bestmöglich ausnutzen“

RADVERKEHR STÄRKEN

Zudem wollen wir auch das Fahrrad als Verkehrsmittel für den Alltagsverkehr noch stärker etablieren und den Radverkehrsanteil bis 2025 auf 20 Prozent der zurückgelegten Wege erhöhen. Hierzu werden wir in den nächsten Jahren ein bayernweites Radverkehrsnetz konzipieren und den Radwegbau an Bundes- und Staatsstraßen weiter vorantreiben. Auch in den

Ballungsräumen helfen wir mit, dass Radschnellwege entstehen. Außerdem unterstützen wir die Gemeinden beim Bau von Fahrradabstellanlagen an Haltestellen.

AUSTAUSCH VON INFORMATIONEN VERBESSERN

Zur Vernetzung gehört auch der Austausch von Informationen. Im Verkehrsinformationsportal www.bayerninfo.de und dem Auskunftsportale zum öffentlichen Verkehr www.bayern-fahrplan.de stehen solche Informationen bereits heute für den Bürger zur Verfügung. Diese werden wir auch in Zukunft weiter entwickeln.

VERKEHRSTELEMATIK AUSBAUEN

Um die bestehende Infrastruktur bestmöglich ausnutzen zu können, setzen wir auf moderne Verkehrstelematik. Hochbelastete oder neuralgische Streckenabschnitte werden zusätzlich mit intelligenten Verkehrsbeeinflussungsanlagen ausgerüstet, damit situationsabhängig je nach zeitlicher Verkehrslage und Witterungseinflüssen der Verkehrsfluss soweit möglich auch bei kritischen Verkehrszuständen aufrechterhalten werden kann.

Mit dem ersten intelligenten Lkw-Parkleitsystem auf der Autobahn A 9 zwischen Nürnberg und München informieren wir gezielt die Lastwagenfahrer in digitaler Form über freie Stellplatzkapazitäten.

Die Automobilindustrie arbeitet daran, die Fahrerassistenzsysteme zum automatisierten Fahren weiterzuentwickeln. Um diesem Trend Rechnung zu tragen, errichten wir gemeinsam mit dem Bundesverkehrsministerium auf der A 9 zwischen München und

„Digitales Testfeld A9“

Nürnberg das „Digitale Testfeld Autobahn“. Unter dem Motto Mobilität 4.0 sollen auf der Teststrecke zukunftsweisende Technologien erprobt werden. Ein Schwerpunkt wird das vernetzte und automatisierte Fahren sein.

VERKEHRSSICHERHEIT ERHÖHEN

Nicht zuletzt wollen wir auch die Verkehrssicherheit in der mobilen Gesellschaft weiter verbessern. Um die immer noch viel zu hohe Zahl tödlicher Unfälle und die Gefährdungen im Verkehr allgemein zu senken, haben wir das Verkehrssicherheitsprogramm 2020 „Bayern mobil – sicher ans Ziel“ initiiert. Hauptziel ist es, die Zahl der Verkehrstoten bis zum Jahr 2020 um 30 % zu verringern. Mit einem Rückgang der Verkehrstoten um rund 20 % seit Start des Programms im Jahr 2012 sind wir hier auf dem richtigen Weg!



Joachim Herrmann, MdL
Bayerischer Staatsminister
des Innern, für Bau und Verkehr

Wenn Sie gesehen werden wollen müssen Sie sich zeigen!

Am besten mit Anzeigen im »Kompass« der Mitgliederzeitung des WBU. Schon ab 260 €.
www.weltbuch.com/media/anzeigen/kompass



Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de
T: 089 2422860, F: 089 291518
V.i.S.d.P.: Dr. Jürgen Hofmann
Redaktionsschluss: 14.03.2016
Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

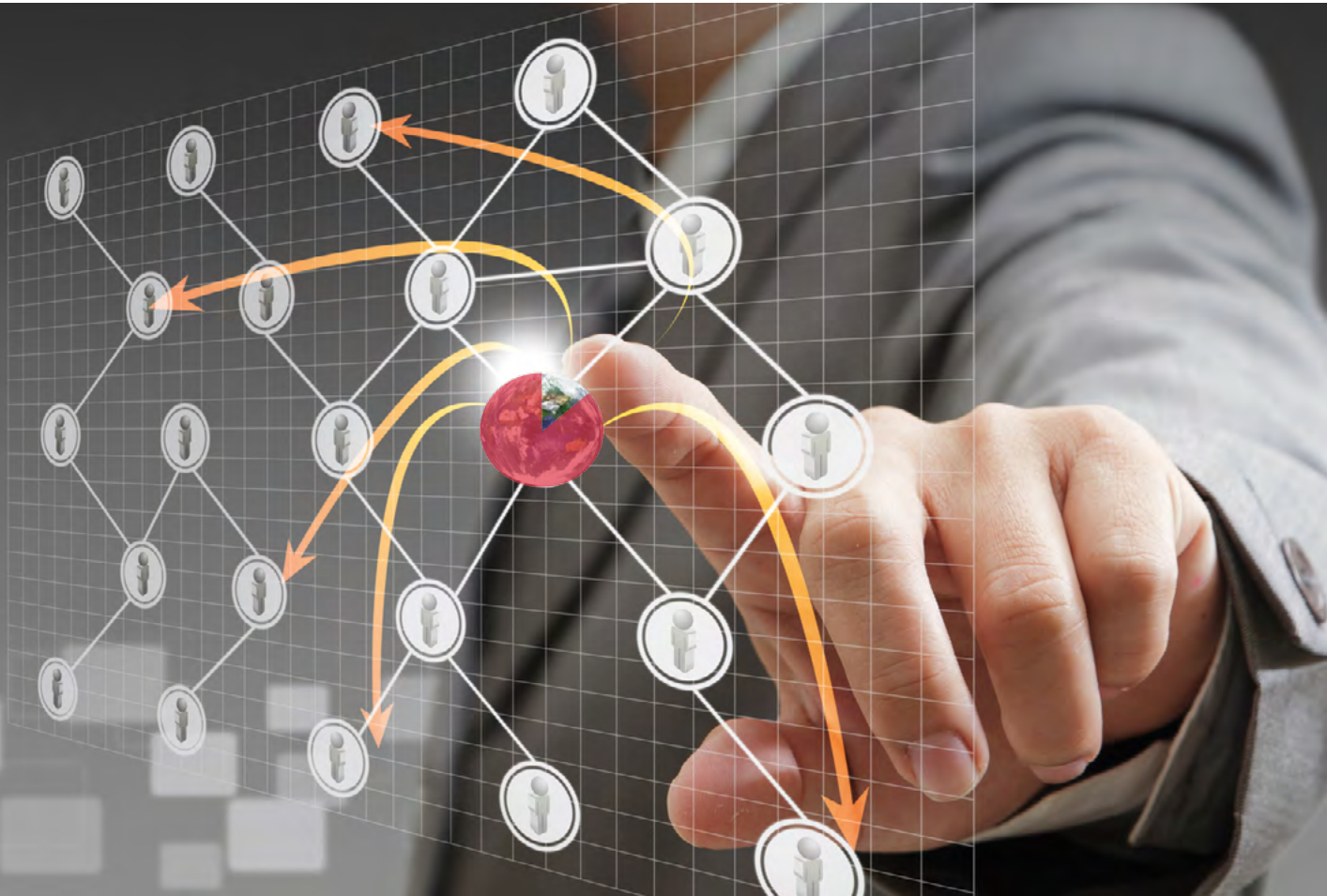
Gesamtproduktion/Anzeigen:
Weltbuch Verlag | ddmedia
T: 0351 4794244
www.ddmedia.info

Neue Layoutkonzeption:
Gerd Ortner Werbung GmbH,
www.ortner-werbung.de





zuhören > verstehen > lösen



Seit **1998** entwickeln wir als Softwarehaus **Onlineportale** und **mobile Applikationen** und komplettieren diese mit der **Abbildung von individuellen Geschäftsprozessen**.

Wir verfügen über langjährige Kundenerfahrungen in folgenden Branchen:

- | | |
|-------------------------------------|-----------------|
| 🔴 Automobilindustrie | 🔴 Maschinenbau |
| 🔴 Banken und Finanzdienstleister | 🔴 Krankenkassen |
| 🔴 soziale/öffentliche Einrichtungen | 🔴 Medien |
| 🔴 Sport und Freizeit | 🔴 Handel |

Abschaffung des Bargeldes?

Keine gute Idee!

In einer „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ – so das Selbstverständnis der EU

in den europäischen Verträgen¹ – sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass die Bürger und Unternehmen über die Wahl des Zahlungsmittels und -verfahrens nach ihren Präferenzen entscheiden können, also ob sie im

Einzel Fall eine Transaktion mit Bargeld oder per Überweisung („Buchgeld“) durchführen, ob sie mit Kreditkarte zahlen oder einen online-Zahlungsdienst (Sofortüberweisung, Paypal² etc.) nutzen. Bargeld hat hierbei einen besonderen Rang, weil die von der EZB und den nationalen Notenbanken kostenlos und flächendeckend ausgegebenen Banknoten das einzige gesetzliche Zahlungsmittel im Euroraum sind, das im Grundsatz von jedermann akzeptiert werden muss.

Für die Öffentlichkeit ist Bargeld weitgehend die „**physische Vertrauensgrundlage**“ einer Währung, die sie buchstäblich „in Händen halten“ können; eine Vertrauensgrundlage, die ein finanzielles Sicherheitspolster auch in Krisensituationen ermöglicht, in denen – wie im letzten Sommer in Griechenland zur Verhinderung weiterer Kapitalflucht – Bankkonten gesperrt und Bankautomaten nur begrenzt zugänglich sind. Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass Teile der Bundesregierung und führende SPD-Politiker eine Begrenzung der Bargeldnutzung auf 5.000,- € In der EU diskutieren und der



Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler
Vorsitzender des Ausschusses
Finanzmärkte

Präsident der EZB eine Abschaffung der 500 € Banknote ins Gespräch gebracht hat. Gegenüber den zur Beruhigung

gegebenen Hinweisen, es gehe hierbei nicht um eine Abschaffung, sondern nur um eine Begrenzung des Bargelds, besteht ein gewisses Misstrauen. Denn die herangezogenen Begründungen ließen sich auch für jede niedrigere Bargeldgrenze bis hin zur Abschaffung verwenden, und der

Zeitpunkt der aktuellen Diskussion steht in auffälligem Zusammenhang mit Forderungen von Ökonomen aus dem akademischen Bereich³ und teilweise sogar von Notenbanken⁴, Bargeld insgesamt zu verbieten, um die „Handlungsmöglichkeiten der Geldpolitik zu erweitern“, konkret: Negativzinsen über den Bankensektor hinaus flächendeckend einzuführen.

Die Argumente für eine Beschränkung des Bargelds kamen in der Vergangenheit meist von Interessengruppen, die von konkurrierenden Zahlungsverfahren profitieren („war on cash“). Sie sind mittlerweile meist widerlegt oder jedenfalls – mit Blick auf die Alternativen – stark relativiert. So hat es sich herumgesprochen, dass die organisierte Kriminalität – bedauerlicherweise – längst unbare oder elektronische Zahlungsverfahren nutzt. Sicher kann auch Bargeld zu illegalen Zwecken, wie zur Geldwäsche oder Steuerhinterziehung genutzt werden. Aber schon Thomas von

Aquin sagte: „abusus non tollit usum“ – dass eine Freiheit missbraucht werden kann, spricht noch nicht gegen die Freiheit! Denn der Umkehrschluss, mit der Abschaffung des Bargeldes brächen „paradiesische Zeiten“ ohne Geldwäsche, Schattenwirtschaft und Steuerhinterziehung an, ist unzutreffend: Sicherheitsexperten befürchten sogar, die Verfolgung von Geldwäsche-Kriminalität werde noch schwieriger, wenn diese in das Internet, darknet oder in Netzgeld-Varianten á la Bitcoin abgedrängt wird. Auch die großen Steuerhinterziehungsfälle der jüngsten Vergangenheit – so wie die „Umsatzsteuer-Karusselle“ in der EU oder die Cum-ex-Geschäfte mit Dividendenpapieren – sind alle nicht „bargeldgetrieben“.

Was die **Schwarzarbeit** angeht, erklärt der „Bargeldvorwurf“ nicht die erheblichen Unterschiede des Anteils der Schattenwirtschaft am Volkseinkommen in einzelnen Ländern (zum Beispiel in Österreich unter 10 Prozent, in Griechenland bei 27 Prozent⁵). Viel entscheidender als das Zahlungsverfahren sind die steuerpolitischen und ordnungspolitischen Rahmenbedingungen. So ist die geschätzte

Quote der Schattenwirtschaft in Deutschland nach den Steuererhebungen der Agenda 2010, den Reformen der Minijobs, der Einführung eines – begrenzten – steuerlichen Abzugs von Handwerkerrechnungen von früher 17 auf ca. 12 Prozent zurückgegangen⁶.

In punkto **Sicherheit** besteht bei Bargeld ein auf den jeweiligen Betrag beschränktes Diebstahls- und Verlustrisiko.

Das Fälschungsrisiko ist durch die Aufmerksamkeit der Notenbanken, der Kreditwirtschaft und durch neue technische Sicherheitsmerkmale im Lauf der Jahre deutlich gesunken. Dagegen erscheinen z.B. bei Kartenzahlungen trotz technischer Nachrüstungen immer wieder Presseberichte über neue Betrugsverfahren von Hackern, die damit oft ganze Konten „leerräumen“.

Wechselt man die Perspektive und fragt die Bürger und Marktteilnehmer, auf die es eigentlich ankommen sollte, so wollen diese in erster Linie „Zahlungssouveränität“, also nach ihren eigenen Präferenzen im Einzelfall entscheiden, ob sie bar, mit Kreditkarte, per Überweisungsträger oder online bezahlen. Neben dem **praktischen Nutzen** (hohe Sicherheit, leichtere „Selbstkontrolle“ des eigenen Ausgabeverhaltens) ist für sie vor allem wichtig, dass Bargeld einer geringeren Gefahr staatlicher oder geldpolitischer Eingriffe unterliegt als Geld auf Konten (Buchgeld). Persönlich aufbewahrtes Bargeld ist eben auch verfügbar, wenn es zu Bankenschließungen (Moratorien, Bankfeiertage) kommt. Der Satz Dostojewskis, „Bargeld ist geprägte Freiheit“ ist nach wie vor aktuell. >> Seite 2

„Bargeld ist geprägte Freiheit“

¹ siehe Art. 119 Abs. 1 AEUV für die Wirtschaftspolitik der EU insgesamt, Art. 127 Abs. 1 AEUV für die Währungsunion.

² letztere allerdings mit Server in den USA

³ für die USA K. Rogoff (Handelsblatt vom 17.5.2015), in Deutschland P. Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats (Spiegel vom 16.5.2015)

⁴ A. Haldane, Chefökonom der Bank of England, Deutsche Wirtschaftsnachrichten vom 24.9.2015

⁵ Vgl. Schneider/Boockmann, Die Größe der Schattenwirtschaft, Linz/Tübingen 2015

⁶ Vgl. Schneider/Boockmann, a.a.O.



Besondere Bedeutung hat dieses **Vertrauensargument** gegenüber Bestrebungen gewonnen, **Negativzinsen** „flächendeckend“, also auch im Verhältnis Bank-Bankkunde einzuführen. Legt ein Kreditinstitut „Überschussliquidität“ bei einer Notenbank des Eurosystems an, muss es hierfür Negativzinsen von 0,4 Prozent entrichten. Die Kreditwirtschaft kann diesen faktischen „negativen Leitzins“ aber nicht an ihre Kunden weitergeben, soweit diese in Bargeld ausweichen können. Ökonomisch begrenzen deshalb die Kosten der Bargeldhaltung (z. B. Tresorkosten, Versicherungsprämien) das Ausmaß von Negativzinsen, die das Sparvermögen der Bevölkerung teilweise entwerten würden.

Hier wird auch deutlich, dass ein Bargeldverbot nicht nur eine Einschränkung von Zahlungsmitteln wäre, sondern auch

eine Minderung der Schuldnerbonität bedeuten würde: an die Stelle stets 100%ig validen und beleihungsfähigen Bargelds (rechtlich eine Forderung gegen die stets solvente Notenbank) träte eine Forderung gegen ein Kreditinstitut, deren Wert und Beleihbarkeit nicht nur von dessen Solvenz, sondern auch von möglichen Eingriffen Dritter (Staat, Notenbank) abhängt.

Die „Bargeldoption“ trägt deshalb letzten Endes ökonomisch und ordnungspolitisch dazu bei, die von der EZB adressierten Ziele (Belegung des Kreditmechanismus, Verhinderung einer behaupteten Deflationsgefahr, Stärkung des Wirtschaftswachstums) nicht über den scheinbar politisch „schmerzlosen“ Weg der **„finanziellen Repression“** (Entlastung der Schuldner, Belastung der Gläubiger) zu erreichen, sondern über die Be-

hebung der ordnungs- und strukturpolitischen Ursachen der verbreiteten Investitions- und Wachstumsschwäche.

Ein Blick noch auf **praktische Hindernisse**, die einer Abschaffung des Bargelds entgegenstehen: So käme es zu Ausweichreaktionen. **Bargeldsubstitute** wie Edelmetalle, Gold (-münzen), private Bonus- und Gutscheinsysteme, wie sie heute mancherorts als sog. „Regionalwährungen“ zu Recht nur ein Schattendasein führen, würden an Attraktivität gewinnen. Dies gilt auch für die „Flucht in andere Währungen“. Der mögliche Einwand, durch internationale Beschlüsse müsste dann eben auch Bargeld anderer Währungen, wie des Dollars abgeschafft werden (sog. „nirwana approach“), erscheint von vorneherein unrealistisch. Die USA sehen seit jeher in der Dollarnutzung im Ausland

einen „Türöffner“ für ihre Kultur, ihre Unternehmen, Dienstleistungen und Waren – eine Unterstützung, von der bisher bei der Verwendung des Euro auch europäische Unternehmen profitieren. Bargeldsubstitute sind zudem in der Regel ökonomisch und damit wachstumspolitisch weniger effizient und hoheitlich schwieriger zu kontrollieren als die Nutzung von Euro-Bargeld. So würde bei einem zunehmenden Gebrauch von Dollarnoten das interne Wechselkursrisiko wieder in den Euroraum zurückkehren, dessen Beseitigung und die damit verbundenen Effizienzgewinne ein wichtiger Grund für die Einführung des Euro waren. Für das Bargeld gilt deshalb der Erfahrungssatz: „Totgesagte leben länger“.

Prof. Dr. Franz-Christoph Zeitler
Vorsitzender des Ausschusses
Finanzmärkte

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken



23. Februar – Bezirk Landshut

Auftaktveranstaltung 2016 zur derzeitigen Herausforderung Nr. 1 – der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Vorsitzender Prof. Dr. Thomas Küffner hatte dafür Prof. Panu Poutvaara, den Leiter des ifo Zentrums für Internationalen Institutionenvergleich und Migrationsforschung gewinnen können. Poutvaara referierte über „Euro, Flüchtlinge und deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt“.



Foto v.l.n.r.: Prof. Dr. Gabriele Goderbauer-Marchner, Prof. Dr. Panu Poutvaara, Prof. Dr. Thomas Küffner

29. Februar – Bezirk Rhön-Saale

„Die Heimatstrategie der Staatsregierung“ hatte Vorsitzender Martin Kuchler auf die Tagesord-

nung gesetzt. Ltd. Ministerialrat Christian Wunderlich, Leiter der Abteilung Landesentwicklung und Heimat im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, war für den kurzfristig verhinderten Staatssekretär Albert Füracker eingesprungen.



Foto v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Christian Wunderlich, Martin Kuchler

Wunderlich ließ im gut und prominent besuchten Pavillon der Stadtsparkasse Bad Kissingen keinen Zweifel daran, dass die Staatsregierung das in der Bayerischen Verfassung verankerte Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in ganz Bayern mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen verfolgt.

3. März – Bezirk Inn-Salzach

Der Bezirk zu Gast in der VR meine Raiffeisenbank eG in Altötting. Begrüßt vom Vorsitzenden Dr. Willi Kleine setzte sich Dr. Jürgen Gros, Vorstand des Genossenschaftsverbands Bayern e.V., kritisch mit aktuellen Entwicklungen der europäischen Bankenregulierung auseinander. Ebenso wie den Sparkassen werde den Genossenschaftsbanken die Kreditvergabe dadurch nicht leichter gemacht. Die Bankenregulierung sei damit längst auch ein Thema für den vorwiegend kredit- und nicht kapitalmarktfinanzierten Mittelstand in Bayern und Deutschland.



Foto v.l.n.r.: Vorstandsvorsitzender Wolfgang Altmüller, Dr. Jürgen Gros, Dr. Willi Kleine, Dr. Jürgen Hofmann

7. März – Ausschuss Mittelstandspolitik

Ein Thema, das viele kleine und mittlere Familienunternehmen seit Monaten heftig bewegt, ist die Erbschaftsteuerreform, die das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2014 notwendig gemacht hat.



Foto (GG) v.l.n.r.: Birgit Hasch, Karlheinz Konrad, Dr. Jürgen Hofmann

Ministerialrat Karlheinz Konrad, Leiter des Referats Lohnsteuer, Bewertung, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Kirchensteuer im Bayerischen Finanzministerium, einer der besten Kenner der nicht ganz leichten Materie, referierte unter der Leitung der Stv. Ausschussvorsitzenden Birgit Hasch über den >> Seite 6



Stand des Gesetzgebungsvorhabens. Konrad hob hervor, dass der vorliegende Berliner Regierungsentwurf und ein Kompromisspapier aus den Reihen des Bundestags noch nicht den Anforderungen Bayerns entspreche, betriebliche Substanz und damit Arbeitsplätze im Erbschafts- und Schenkungsfall ausreichend zu verschonen. Hier müsse auf der Zielgeraden noch nachgebessert werden.

7. März – Bezirk Passau



Die Kamingespräche des Bezirks Passau haben bereits Tradition. In diesem Jahr konnte Vorsitzender Rudi Fellner den örtlichen Stimmkreisabgeordneten und CSU-Generalsekretär MdB Andreas Scheuer (Foto links) begrüßen. Im Mittelpunkt des Kamins die Flüchtlingskrise, von der die Region Passau besonders betroffen ist. „Schaffen wir das?“ – dieser berechtigten Frage waren Impulsreferat und

anschließende intensive Diskussion gewidmet.

10. März – Bezirk Rosenheim

Letzter Vortrag der Veranstaltungstrilogie des Bezirks, die sich mit den globalen Krisenregionen und Konfliktzonen auseinandergesetzt hat: „Pulverfass Naher und Mittlerer Osten“. Im vollbesetzten Foyer der gastgebenden Schattdecor AG in Thansau konnte Vorsitzender Andreas März den ausgewiesenen Nahostkenner und Bestsellerautoren Dr. Michael Lüders begrüßen. Lüders zeichnete in einem packenden Vortrag ein hochdifferenziertes Bild vom syrischen Bürgerkrieg. Die komplexe geopolitische und religiöse Gemengelage in der arabischen Welt lasse keine einfachen Lösungen zu. Auch Deutschland werde lernen müssen, mit den größeren Risiken, die davon ausgingen, zu leben.



Foto v.l.n.r.: Dr. Michael Lüders, Walter Schatt, Andreas März

11. März – Bezirk Berchtesgauer Land/ Traunstein

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Region mit dem Land Salzburg hatten Bezirk und Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG in den Mittelpunkt ihrer jüngsten Gemeinschaftsveranstaltung gerückt. Vorsitzender Dr. Michael Elsen konnte als kompetente Referentin Dr. Astrid Rössler, Landeshauptmann-Stellvertreterin des Landes Salzburg von den

Grünen, gewinnen. Rössler ging auf die aktuellen Kaufkraftflüsse in der Euregio 18 und Fragen der unterschiedlichen Raumordnungen in Österreich und Bayern ebenso ein wie auf die Sanierung des Salzachflussbetts. Nicht alles stieß auf bayerischer Seite auf Gegenliebe, wie die anschließende intensive Diskussion mit Mandatsträgern und Vertretern der Wirtschaft zeigte. Für konstruktive Gespräche gibt es aber eine Basis.



Foto v.l.n.r.: Dr. Josef Frauenlob, Dr. Astrid Rössler, Altlandrat Hermann Steinmaßl, Dr. Michael Elsen, Dir. Jürgen Hubel, Dr. Jürgen Hofmann

11. März – Bezirk Weiden/Nordoberpfalz

2. Kongress „Zukunftsfähige Führung mit christlichen Werten“ in der Internationalen Begegnungsstätte Kloster Speinshart unter der Leitung von Helmut Hör. Schwerpunktthema „Vertrauen“. Wie wird es hergestellt? Wie zahlt es sich aus? Wo liegen die Herausforderungen in der Umsetzung?

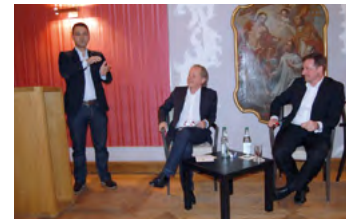


Foto v.l.n.r.: Moderator Leonhard Zintl, Prof. Dr. Wilfried Mödinger, Prof. Dr. Thorn Krings

14. März – Ausschuss für Steuer- und Finanzpolitik

Gemeinsame Großveranstaltung unserer Ausschüsse für Steuer- und Finanzpolitik und Europapolitik von Rolf von Hohenhau und Dr. Ingo Friedrich mit dem Austrian Economics Center und dem Bund der Steuerzahler in Bayern e.V.. Richard K. Vedder, Wirtschaftsprofessor an der Ohio University sowie u.a. Berater des früheren US-Präsidenten Ronald Reagan, ging der Grundsatzfrage „Wachstum durch Steuersenkungen?“ nach und beantwortete sie auf der Basis langjähriger internationaler Studien mit einem klaren

Ja. MdL Mechthilde Wittmann umriss die haushalts- und steuerpolitischen Ziele Bayerns. Dr. Barbara Kolm, Präsidentin des Austrian Economics Center, fasste Vorträge und Diskussionsbeiträge in einem prägnanten Schlusswort zusammen.



Foto (GG) v.l.n.r.: Mechthilde Wittmann, Prof. Richard K. Vedder, Dr. Barbara Kolm, Rolf von Hohenhau, Dr. Ingo Friedrich

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



Wolfgang Dettendorfer
Wolfgang Dettendorfer GmbH,
Nußdorf

Dipl.-Ing. Dirk Rogge
Amorbach

Dipl.-Ing. agr. Christian Jäger
München

Tennet TSO GmbH
Bayreuth

Elke Neureuther
München

Dipl.-Bw. Ludwig Schiebler
Kulmbach

Christian Bredl
München

Patentanwälte Charrier Rapp & Liebnaul, Augsburg

Bayerischer Heilbäder-Verband e.V., Bad Füssing

Consorsbank
Kai Friedrich, Nürnberg

AnCeKa Vermögensbetreuungs-AG, Stefan Huss, Kaufbeuren

Angelika Zotter
Bad Neustadt

Prof. Dr. Erich Bauer
Amberg

Andreas Schmid
Allianz Deutschland AG
München

nextFATbusiness
Sven Schielke, Gröbenzell

Volker Kirchgeorg
München





Dr. Jürgen Hofmann,
Generalsekretär

**Grenzenlose
Solidarität ist nicht
leistbar.
Deutschland muss
selbst zukunfts-
fähig bleiben.**

Sehr geehrte, liebe Mitglieder
des Wirtschaftsbeirats,

nach mehr als fünf Jahren war
es wieder einmal an der Zeit,
dem Kompass, unserer monatlichen
Mitgliederzeitschrift,
ein moderneres Aussehen zu
geben. Die erste Ausgabe mit
neuem Layout liegt vor Ihnen.
Sie enthält Stilelemente wie sie
heute in der Presselandschaft
gang und gäbe sind. Sie sollen
zum Lesen animieren. Wir hoffen,
das zeitgemäße Erscheinungsbild
stößt auch bei Ihnen auf Zustimmung.

Kein Kompass in den letzten
Monaten, ohne dass die Flüchtlingsfrage
nicht in irgendeiner Form aufgegriffen
worden wäre. Dieses Editorial macht
keine Ausnahme. Anlass ist
der Ausgang der Landtagswahlen
in Baden-Württemberg,
Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt
am 13. März. Das, was nach den
Erkenntnissen der Spieltheorie
seit längerem befürchtet werden
musste, ist eingetreten: Die Strategie,
die CDU

nach links zu rücken, um den
Sozialdemokraten und Grünen
Themen und Stimmen wegzunehmen,
hat rechts von der Mitte ein
Vakuum entstehen lassen, in das
die AfD mit unerwartet hohen
zweistelligen Ergebnissen hineingestoßen
ist. Die beiden großen Volksparteien
sind dabei, sich selbst zu kannibalisieren.

Vor allem die monatelange
Weigerung der Bundeskanzlerin,
dem unkontrollierten Zustrom
von Flüchtlingen eine „Obergrenze“
entgegenzusetzen, hat der AfD
zahllose Wähler aus allen
Bevölkerungsschichten in die
Arme getrieben.

Man kann deshalb nur hoffen,
dass das fragile Flüchtlingsabkommen,
das die EU am 18. März zu einem
hohen Preis mit der Türkei abgeschlossen
hat, hält und für die nötige Entlastung
sorgt.

Es ist ja offenkundig dass wir
es nicht schaffen, allen, die „Germany,
Germany“ rufen, Zuflucht zu gewähren
und mit Erfolg bei uns zu integrieren.
Wir hatten in der Vergangenheit
bei allem Elend auf der Welt nie den

Anspruch, das zu schaffen und wir
müssen es auch in Zukunft nicht
schaffen. Es würde uns schlichtweg
kulturell, als Gesellschaft und vor
allem auch finanziell überfordern.
Niemand kann das von uns verlangen.

Nahezu alle umfassenden volkswirtschaftlichen
Berechnungen, die ich in letzter
Zeit von namhaften Ökonomen zu
Gesicht bekommen habe, kommen
zu einem ähnlichen Ergebnis: Die
Kosten der Aufnahme und Integration
der meist wenig qualifizierten
Flüchtlinge übersteigen deren
Beiträge zum erwirtschafteten
Wohlstand. Anders formuliert
erhöhen sie die gesamtwirtschaftliche
Leistung nicht in dem Umfang,
in dem sie selbst Ansprüche an
das Sozialprodukt stellen und realisieren.

Aus Gründen der Humanität und
globalen Solidarität kann und
sollte sich ein reiches Land wie
Deutschland ein solches „Verlustgeschäft“
in einem gewissen Umfang leisten
– aber nicht unbegrenzt. Politik
wäre nicht redlich, wenn sie
verschweigen würde, dass
Solidarität am Ende Opfer von
der einheimischen Bevölkerung
verlangt, weil sie zwangsläufig
bedeutet: höhere Schulden und/
oder höhere Steuern und/oder
weniger Mittel für öffentliche
Investitionen und/oder geringere
Sozialleistungen als ohne
Zustrom von Asylbewerbern in
Millionenhöhe.

Anders wäre es bei der gezielten
Anwerbung hochqualifizierter
und damit überdurchschnittlich
produktiver ausländischer Ar-

beitskräfte, wie sie der Einwanderungs-
politik der USA, Kanadas oder
Australiens zugrunde liegt. Die
harten Gesetzmäßigkeiten der
Ökonomie lassen sich nicht außer
Kraft setzen.

Die gute Haushaltslage im
Bund und die noch sehr viel
bessere in Bayern sind beruhigend.
Weniger beruhigend wäre es,
wenn die erkämpften Überschüsse
unter der Flüchtlingsflut begraben
würden. Vor uns liegen auch noch
andere Herausforderungen. Die
demografische Entwicklung wird
den Sozialstaat im nächsten
Jahrzehnt auf eine sehr harte
Belastungsprobe stellen. Wir
müssen im großen Stil in den
digitalen Aufbruch investieren,
um als Hochlohn- und High-Tech-
Land den Anschluss nicht zu
verlieren. Gleiches gilt für die
Bildungs-, Wissenschafts- und
Forschungsinfrastruktur. Für den
Ausbau und die Modernisierung
der Verkehrsinfrastruktur sind
zusätzliche Milliarden notwendig,
um auch nur die vordringlichsten
Projekte des neuen Bundesverkehrs-
wegeplans realisieren zu können.
Der Verteidigungshaushalt
schreit in einer Welt, die aus den
Fugen geraten ist, nach mehr
Geld, um nur einige Handlungsfelder
mit hoher Priorität anzuschneiden.
Deutschland braucht genügend
Reserven, um selbst zukunfts-
fähig zu bleiben.

Herzlichst
Ihr Jürgen Hofmann



**Kaffeemaschinen
Kaffeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten**

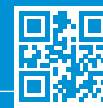


zoells.de GmbH
rund um die Uhr



**Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390**



**7. April, München**

Gesprächskreis Wehrpolitik: Dipl.-Ing. Frank Haun, Vorsitzender der Geschäftsführung Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG; Dr. Reinhard Brandl, MdB, Mitglied des Verteidigungsausschusses im Deutschen Bundestag, Markus Ferber, MdEP, Erster stv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung, „Welt aus den Fugen – zur Notwendigkeit einer Europäisierung der Rüstungs- und Rüstungsexportkontrollpolitik“

NEU

8. April, Lindau

Bezirk Lindau: Unternehmergespräch mit Dr. Gerd Müller, MdB, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, „Die Welt im Wandel – Wirtschaft und Entwicklung“

14.-15. April, Berlin

Bezirk Memmingen/Unterallgäu: Delegationsreise Berlin

NEU

18. April, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Gudrun Mühlbacher, Leiterin Regionales Klimabüro München, Deutscher Wetterdienst, „Klimawandel in Bayern“

NEU

18. April, Bayreuth

Bezirk Bayreuth: Staatsminister a.D. Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „2016 – Jahr der großen Herausforderungen. Wie wir darauf antworten müssen“

NEU

21. April, Ingolstadt

Bezirk Ingolstadt: Dr. Reinhard Brandl, MdB, Mitglied im Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag, „Anstehende wirtschaftspolitische Entscheidungen im Deutschen Bundestag“, Dieter Seehofer, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Ingolstadt, „Bericht

über die Fusion der Sparkassen Ingolstadt und Eichstätt“

NEU

27. April, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Werkstattbesuch im Bayerischen Landtag

NEU

29. April, Rothenburg o.d. Tauber

Bezirk Ansbach Westmittelfranken: Dagmar G. Wöhr, MdB, Parlamentarische Staatssekretärin a.D., Vorsitzende Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Deutschen Bundestag, „Flüchtlinge und Fluchtursachen: Chancen und Herausforderungen für Wirtschaft und Politik“

10. Mai, Aldersbach

Ausschuss für Tourismus: Dr. Michael Braun, Vorstand Tourismusverband Ostbayern e.V., und Ferdinand Freiherr von Aretin, Direktor der Brauerei Aldersbach, „Bier in Bayern – 500 Jahre Reinheitsgebot – Chance für zusätzliche Tourismusattraktionen“

12. Mai, München

Ausschuss Europapolitik: David McAllister, MdEP, Vizepräsident der Europäischen Volkspartei (EVP) und Mitglied des EVP-Fraktionsvorstands, „Die Zukunft Großbritanniens in Europa“

12. Mai, Neumarkt

Bezirk Jurakreis gemeinsam mit der IHK: Staatsminister a.D. Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern; Albert Füracker, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat

19.-Mai, Rothenburg (Termin verschoben auf 29.4.)

Bezirk Ansbach/Westmittelfranken

24.-25. Mai, Brüssel

Forum Brüssel: Delegationsreise nach Brüssel

30. Mai, München

Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Dr. Josef Bosch, Landwirt und Geschäftsführer der PC Agrar Informations- und Beratungsdienst GmbH, Pfarrkirchen, „Digital Farming – die leise Revolution zur Landwirtschaft 4.0“

1. Juni, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag „Wirtschaftsfaktor Tourismus in München – werden alle Chancen optimal genutzt?“

2. Juni, Neustadt

Bezirk Weiden/ Nordoberpfalz: Nordoberpfälzer Wirtschaftstag, u.a. mit Joachim Herrmann, MdL, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, „Innere Sicherheit in Bayern, Cybersicherheit“

NEU

8. Juni, München

Ausschuss für Außenwirtschaft: Thomas Karl Neisinger, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Kuba

9. Juni, Leipzig

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsischer Unternehmer-Konvent“

NEU

21. Juni, München

Ausschuss für Finanzmärkte: Isabel Schnabel, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, „Geldpolitik der EZB“

23. Juni, Tittmoning

Bezirke Berchtesgadener Land/ Traunstein, Inn Salzach, Passau: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke, Dr. Wilfried Haslauer, Landeshauptmann des Landes Salzburg

29. Juni, München

Junger Wirtschaftsbeirat: Dr. Mark Speich, Geschäftsführer Vodafone Stiftung Deutsch-

land gGmbH, „Bildung für den Arbeitsmarkt der Zukunft“

8. Juli, Frauenchiemsee

Bezirk Berchtesgadener Land/ Traunstein: Frauenwörther Gespräche mit Bischof Dr. Rudolf Voderholzer, „Christliche Identität zeigen!“

27. Juli, Augsburg

Bayerischer Wirtschaftstag mit Reden von: Ilse Aigner, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, und Dr. Angelika Niebler, MdEP, Vorsitzende der CSU-Europagruppe, anschließend Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Martin Selmayr, Kabinettschef von Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Prof. Dr. Clemens Fuest, künftiger Präsident des ifo Instituts für Wirtschaftsforschung, Prof. Dr. Franz Christoph Zeidler, Bundesbankvizepräsident a.D. und Dr. Andreas Kopton, Präsident IHK Schwaben, Moderation: Stefan Stahl, Augsburger Allgemeine, „Aufbruch Bayern – quo vadis Europa?“

10. August, München

Bezirk München: Sommerlounge

24. Oktober, Weiden

Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: Kamingespräch mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region, „Nordbayern 4.0“

NEU

25.-28. Oktober, Passau

Bezirk Passau: Reise „Passauer Herbst“

10. November, Gurten (Österreich)

Bezirk Passau mit GeoComPass, Besuch Fa. Fill

28. November, München

Generalversammlung

